



Weiter auf familienfreundlichem Kurs

Haushaltsplan 2015: Beitrag zur Generationengerechtigkeit

Kassel bleibt auf familienfreundlichem Kurs. Die Stadt will im kommenden Jahr noch mehr in die Kinderbetreuung investieren. Das ist einer der grünen Punkte im Haushaltsplan 2015, den der Magistrat zur Beratung in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht hat. So sollen im kommenden Jahr 54 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren, 42 neue Kindergartenplätze und 100 neue Hortplätze entstehen.

Der Entwurf, an dem Jugenddezernentin Anne Janz und Stadtbaurat Christof Nolda von den Grünen maßgeblich mitgearbeitet haben, trägt deutliche Züge grüner Politik. Das zeigt sich auch an einer verantwortungsvollen Mobilitätspolitik, die im Sinne aller Verkehrsteilnehmer*innen fortgesetzt wird. Der Haushaltsplan macht aber auch deutlich, dass die Schutzschirmvereinbarung mit dem Land Hessen die Investitionen begrenzt und den finanziellen Handlungsspielraum einschränkt. Die Pflicht zur Einnahmenerhöhung, unter anderem umgesetzt durch steigende Parkgebühren, und die Ausgabendisziplin tragen zur Generationengerechtigkeit bei.

Insgesamt sind laut Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel vom Kooperationspartner

SPD für 2015 Ausgaben in Höhe von 733,8 Millionen Euro im Verwaltungsentwurf des Haushalts vorgesehen. Die geplanten Einnahmen belaufen sich auf 718,6 Millionen Euro. Die Differenz von 15,1 Millionen Euro liegt damit in dem Rahmen, den Stadt und Land vereinbart haben. Bis spätestens 2018 soll ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden vorliegen.

Die Steuereinnahmen – insbesondere durch die Gewerbesteuer – sind ganz schwer kalkulierbar und stellen einen immensen Unsicherheitsfaktor dar. Und auch der künftige finanzielle Aufwand im sozialen Bereich ist nur schwer abzuschätzen. Ausreichende Mittel für aus grüner Sicht ganz wichtige Aufgaben wie beispielsweise inklusive Bildung und die Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten stehen im Haushaltsentwurf bereit.

Als dynamische Stadt steht Kassel auf einer soliden wirtschaftlichen Basis. Die rot-grüne Kooperation hat in den vergangenen Jahren wegweisende Entscheidungen dafür getroffen, dass sich die Lebensqualität in Kassel kontinuierlich gesteigert hat. Diesen Weg gilt es nun weiterzugehen.

Keine Droschken für den Bergpark

Stavo lehnt Anträge von FDP und Linken ab

Die Stadtverordnetenversammlung hat zwei Anträge zum Bergpark abgelehnt. Die Linke sowie die FDP waren mit Forderungen gescheitert, die sich auf Angebote während der Wasserspiele bezogen. Themen waren Parkplätze und Parkgebühren, zusätzliche Mobilitätsangebote wie Droschken zum Herkules (FDP), ÖPNV-Tickets sowie Werbung für diese Maßnahmen in verschiedenen Medien. Nach Ansicht der Mehrheit der Stadtverordneten ist das zwischen Stadt Kassel und Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK) vereinbarte kurzfristige Mobilitätskonzept eine gute Zwischenlösung, die alle möglichen Mittel ausschöpft.

Eine App bietet bereits Informationen rund um den Bergpark – auch zur bequemen Anreise. Als nächsten Schritt



sehen die Grünen an, dass das Parkticket zum Fahrschein für die Bergparkbusse wird. Dazu muss sich die MHK beziehungsweise das Land Hessen bewegen lassen. Langfristig ist das Ziel laut Gernot Rönz, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, eine Herkulesbahn einzurichten.

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Rathaus
Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
Tel: 0561 787 1294, Fax: 0561 787 2104
info@gruene-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de

Der weitere Weg

Die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanentwurfs setzt sich an weiteren Terminen bis zum Ende des Jahres fort. Zwischen 24. September und 17. Oktober beraten darüber die Ortsbeiräte. Am 24. September findet die erste Lesung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen statt. Sie beinhaltet eine Fragestunde der Stadtverordneten an die Dezernenten und Amtsleiter. In der zweiten Lesung am 3. Dezember gibt es eine Diskussion der Änderungsanträge. Die Beschlussfassung erfolgt am 15. Dezember in der Stadtverordnetenversammlung.



Foto: photocase

Eine Schule für alle

Inklusive Bildung bleibt grüne Forderung

„Eine Schule für alle“ fordert Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, bildungspolitische Sprecherin der Grünen, im Namen ihrer Fraktion. Daher stieß ein Antrag der CDU zur Inklusiven Bildung auf scharfe Kritik in der Stadtverordnetenversammlung. Darin wurde der Magistrat aufgefordert, „im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung eine Anhörung zum Thema ‚Inklusion‘ durchzuführen. Hierzu sollen die Schulleiter aller Kasseler Förderschulen eingeladen werden“. Aus grüner Sicht sind Förderschulleiter*innen nur eine Akteursgruppe des bisher exklusiven Bildungssystems. Mit ihnen allein ist ein tragfähiges Konzept nicht zu entwickeln. Daher wurde der Antrag dahingehend geändert, weitere Expert*innen zu diesem Thema einzuladen.

Aktivitäten laufen allerdings längst: So gab es bereits zwei Fachtagungen, ein Rahmenkonzept entsteht. Die Stadt Kassel wird sich außerdem als Modellregion „Inklusive Bildung Kassel“ bewerben. Das hatte die Stavo bereits in einer früheren Sitzung auf grünen Antrag entschieden.